

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 143

JULI 2014

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

ich möchte die neueste Ausgabe unseres Info-Briefes nutzen, um mich Ihnen in meiner neuen Funktion vorzustellen. Ich heiße Katja Strohacker, wohne in Gebersdorf und bin seit Mai neues Mitglied im Vorstand der SPD-Stadtratsfraktion.

Meine Schwerpunkte im Stadtrat sind Personal- und Organisationsfragen sowie die lokale Wirtschaftspolitik. Studiert habe ich Betriebswirtschaft, beruflich war ich bisher als Personalberaterin tätig. Ab Juli übernehme ich beim Privat-Unternehmen „Stadtrevue“ die Position der kaufmännischen Geschäftsführerin. Als berufstätige Frau und zweifache Mutter liegen mir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr am Herzen. Ich finde, es ist

Zeit neue Betreuungsformen und –Angebote voranzutreiben. Dafür will ich mich im Stadtrat einsetzen. Woran ich zudem mitwirken will, ist Nürnberg zu einer Stadt zu machen, in der noch stärker als bisher benachteiligten Personen Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden – und ich will, dass in Nürnberg Führungspositionen ausgewogen mit Frauen und Männern besetzt werden.

Mit herzlichen Grüßen



Katja Strohacker
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



KOOPERATION IM RATHAUS – VEREINBARUNG FÜR NÜRNBERGS ZUKUNFT



Ausbau der Kinderbetreuung, Ausbau des Bus- und Bahnangebotes, Beschlüsse für den Frankenschnellweg, Entscheidungen für Schulneubauten - in den vergangenen Jahren wurde in der Stadt viel bewegt. Getragen wurde dies von einer breiten Zustimmung im Stadtrat und einer vertraglichen Kooperation zwischen SPD und CSU.

Um zu verabreden, wie es in der Stadt weiter gehen sollte, nahmen wir nach der Kommunalwahl mit CSU und Grünen Gespräche für die neue Ratsperiode auf. Dabei ging es nicht um die Besetzung von Posten (die Bürgermeister wurden bereits am 2. Mai vom Stadtrat gewählt). Es ging in erster Linie um die politischen Inhalte für die nächsten Jahre. Die eingangs genannten Themen spielten dabei wieder

eine große Rolle. Und wie bei diesen Fragen, gab es bei vielen weiteren Punkten auffallend viele Überschneidungen zwischen allen drei Fraktionen. Ein Bündnis aus drei Partnern lag also auf der Hand. Doch sowohl CSU als auch Grüne schlossen dies



kategorisch aus und stellten uns vor die Wahl, einen Partner auszusuchen. Die SPD hat sich dann am Ende eines langen Abwägungsprozesses für die CSU entschieden. Nicht als Herzensentscheidung, aber als pragmatische

Antwort auf die Frage, mit wem wir unsere Inhalte glauben besser umsetzen zu können.

Die ausgehandelte Kooperationsvereinbarung enthält alle wesentlichen Anliegen unseres Wahlprogramms.

Von der Bildungs-, über die Sozialpolitik bis zur Verkehrspolitik. Für mehr Wohnbau wurde ein spezielles Verfahren vereinbart und für die Preise im öffentlichen Nahverkehr eine Überprüfung zur Senkung der Abo-Karten verabredet. Das politische Handeln wird an der Lebensqualität der Menschen, einer solidarischen Stadtgesellschaft und einer Politik im Dialog ausgerichtet. Wir werden nun die Ärmel hochkrepeln und mit inhaltlicher Arbeit im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Stadtpolitik gestalten, die weiterhin spürt und macht, was Nürnberg bewegt.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröhl-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de



DURCHBINDUNG DER GRÄFENBERGBAHN ZUR RANGAUBAHN



Kann die Gräfenbergbahn mit der Rangaubahn verbunden werden? Derzeit endet die Fahrt von Gräfenberg nach Nürnberg am Nordostbahnhof. Wer von Cadolzburg mit der Rangaubahn in unsere Stadt fahren will, muss bereits am Fürther Hauptbahnhof umsteigen, da diese Linie nicht weiter reicht. Zwischen dem Fürther Hauptbahnhof und dem Nürnberger Nordostbahnhof existieren aber noch die Gleise der ehemaligen Ringbahn. Eine Verknüpfung beider Bahnlinien ist also durchaus vorstellbar.

Die Idee hierfür kam auf, als in Nürnberg die Untersuchungen für den Nahverkehrsentwicklungsplan liefen. Die Verbindung von Gräfen-

berg- und Rangaubahn wurde dabei als potenzielle Bereicherung und Ergänzung für das Schienennetz in der Region erkannt. Auch auf Nürnber-



ger Stadtgebiet würde eine zusätzliche West-Ost-Verbindung sicherlich Vorteile schaffen. Wir möchten deshalb, dass die Verkehrsplaner die Idee auf ihre Machbarkeit, den Nutzen und Finanzierbarkeit überprüfen. Für den Verkehrsausschuss

des Nürnberger Stadtrates haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

Allerdings sind wir erst am Anfang der Überlegungen. Zudem ist uns der Dialog mit den Bürgern wichtig, möglicherweise steht eine stärkere Nutzung der Trasse auch Anliegerinteressen gerade im Bezug auf Lärmschutz entgegen. Wir möchten deshalb gerne über die wichtigsten Eckpunkte Transparenz schaffen, um dann einen Grundsatzbeschluss für oder vielleicht auch gegen das Projekt treffen zu können. Interessant ist der Gedanke einer derartigen Ost-Verbindung für uns aber allemal. Deshalb wollen wir eine detaillierte Untersuchung, um vernünftig entscheiden zu können.

Weitere Informationen: Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de



DROGENABHÄNGIGEN BESSER HELFEN



Keine andere Stadt in Deutschland verzeichnet so viele Drogentote pro Einwohner wie Nürnberg. Aktuelle Zahlen der Bundesdrogenbeauftragten und des Bundeskriminalamtes zeigen, dass in Nürnberg auf 100.000 Einwohner 6,1 Drogentote kommen. Damit liegt unsere Stadt vor Köln (4,1), Frankfurt (3,9), Hamburg (3,6) und München (3,0). Den Ursachen hierfür wollen wir auf den Grund gehen. Deshalb haben wir einen Antrag zum Drogenkonsum für den Gesundheitsausschuss des Stadtrates gestellt.

Zwar können wir aus dem Rathaus auf ein vielschichtiges Problem wie Drogenkonsum natürlich nur mittelbar einwirken, dennoch wollen wir genau hinsehen, wo wir Präventions- und Substitutionsangebote anpassen und verändern können.

Die traurige Spitzenreiterposition bewegt uns tief. Wir wollen daher alle Möglichkeiten in Betracht ziehen. Also werden wir die Fachleute auch fragen, ob ein Drogenkonsumraum Todesfälle hätte verhindern können.

Für die Todesfälle von Drogenabhängigen sind in Nürnberg überwiegend Heroin und andere Opiate verantwortlich.

Dies wirft die Frage auf, ob die Nachfrage und die vorhandenen Angebote zum Ausstieg und zur Substitution nicht zu weit auseinanderklaffen und ob nicht mehr Substitutionsplätze wegfallen als neue hinzukommen. Wir haben daher beantragt, unter Hinzuziehung von Fachleuten darzulegen, wie die aktuelle Situation der Substitutionsplätze ist.

Besorgt stimmt uns auch der steigende Konsum der Droge „Crystal Meth“. Die Zahl der Konsumenten stieg um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das Methamphetamin, führt bei den Konsumenten zu erheblichen körperlichen und psychischen Schäden. Auch hier muss geklärt werden, ob die vorhandenen Hilfen für Abhängige noch geeignet sind.

Wir fragen: Wie müssen adäquate Präventions- und Behandlungsangebote für Abhängige von „neuen Drogen“ (wie zum Beispiel Crystal Meth) aussehen und weiterentwickelt werden? Mit den Antworten auf unsere Fragen wollen wir die vorhandenen Hilfen, die von der Stadt beeinflusst werden können, wirksamer gestalten.

Weitere Informationen: Sonja Bauer, sozialpolitische Sprecherin; bauer.sonja@web.de



SPD-KONZEPT „STADT AM FLUSS“ NIMMT GESTALT AN



Nürnberg rückt noch „näher“ an die Pegnitz heran: Am 22. Mai gab der Stadtplanungsaus-

schuss mit großer Mehrheit seine Zustimmung für einen Ufer-Umbau an der Insel Schütt gegenüber des Cinecitta. Doch schon seit 2012 arbeitet die SPD-Fraktion zusammen mit der Stadtverwaltung an der Umsetzung des Konzeptes „Stadt am Fluss“.

Ziel ist, das Flussufer der Pegnitz – vor allem im Herzen der Nürnberger Altstadt – aufzuwerten und für die Nürnbergerinnen und Nürnberger besser „erlebbar“ zu machen. Der gedanklichen und planerischen Vorarbeit werden im Herbst dieses Jahres Taten folgen. Zwischen Katharinenwehr und Agnesbrücke wird nach ei-

nem intensiven Dialog zwischen den Fachplanungsstellen, Bürgervereinen, Anwohnern und SPD-Stadträten das Flussufer umgestaltet.



Zu Beginn steht die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Pegnitz-Ufer auf dem östlichen Teil des Gelän-

des auf dem Programm. Obendrein wird eine Ufertreppe gebaut, eine Plattform ausgestaltet, das Gelände unter dem Cinecitta-Steg abgesenkt und es werden Sitzbänke errichtet. Der zweite Bauabschnitt wendet sich schließlich dem westlichen Uferabschnitt zu. Die Finanzierung des Projekts in Höhe von 350.000 Euro wird aus dem Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

bezuschusst. Eine gute Investition für mehr Lebensqualität in Nürnberg – einer „Stadt am Fluss“.



Weitere Informationen: *Christine Kayser; kayser@innenarchitektur-kayser.de*

PSYCHISCHE GESUNDHEIT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



Aus Erhebungen der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) und des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass 2012 bundesweit insgesamt 12567 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 19 Jahre mit Depression stationär behandelt werden mussten. 2004 waren es noch 4176. In Nürnberg erhöhte sich die Anzahl der Betroffenen von sieben auf 56 Fälle im Zeitraum zwischen 2000 und 2012.

Trauriger Spitzenreiter unter den vielen psychischen Krankheitsbildern ist die Depression. Sie tritt oft gepaart mit Angstzuständen und gestörtem Sozialverhalten auf. Wie die Gesellschaft für Kinder- und Ju-

gendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie feststellte, ist in den letzten zehn Jahren ferner ein deutlicher Anstieg von selbstverletzendem Verhalten, gedrückter Stimmung, Selbstzweifeln und Suizidgefährdung feststellbar.

Eine eindeutige Erklärung für den kontinuierlichen Anstieg gibt es nicht. Unter den „Experten“ herrscht darüber Uneinigkeit. Hinter den gestiegenen Fallzahlen stehen verschiedene Ursachen und Probleme und ebenso komplex ist daher auch die Entwicklung von geeigneten Lösungsansätzen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellte deshalb den Antrag, in einem ge-

meinsamen Jugendhilfe-, Schul- und Gesundheitsausschuss über die konkrete Situation in Nürnberg zu berichten und die Gründung eines Bündnisses für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu initiieren. Letzteres könnte, etwa nach dem Vorbild des Bündnisses gegen Depression, eine vertiefte Zusammenarbeit und Vernetzung der Beratungs- und Hilfsangebote für die betroffenen Familien bereitstellen.

Auch sollten die bereits existierenden Zusammenschlüsse (z.B. Bündnis gegen Depression und ADHS-Netzwerk) miteinander in Verbindung gebracht werden.



Weitere Informationen: *Anita Wojciechowski und Claudia Arabackyj; spd@stadt.nuernberg.de*

STRASSENBAU-BEITRAGSSATZUNG WEITER NÖTIG

Im April behandelte der Werkausschuss Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) einen Antrag zur Aufhebung der Straßenausbau-Beitragssatzung. Dies veranlasste die Verwaltung zur folgenden Stellungnahme: „Die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Nürnberg beruht auf dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz (KAG). Dort ist in Art. 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmt, dass von Kommunen für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen oder beschränkt-öffentlichen Wegen Straßenausbaubeiträge erhoben werden sollen.“

Nach herrschender Meinung in Rechtsprechung und Literatur hat der Begriff „sollen“ verbindlichen Charakter und verpflichtet die Gemeinden grundsätzlich zur Beitragserhebung.

Ausbaumaßnahmen dürfen demnach nur in Ausnahmefällen aus allgemeinen Deckungsmitteln (Steuereinnahmen, Zuweisungen) finanziert werden.

Ein solcher Ausnahmefall wäre beispielsweise dann gegeben, wenn die Kommune über eine herausragende Finanzlage verfügen würde, die es rechtfertigen könnte, von einer Beitragserhebung abzusehen. Die Finanzlage Nürnbergs erlaubt aber leider keinen Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Eine Recherche ergab, dass in allen bayerischen Großstädten (über 100.000 Einwohner) entsprechende Straßenausbau-Beitragssatzungen erlassen wurden und meist schon seit Jahrzehnten in Kraft sind. Inhaltlich gibt

es weder bei Art und Umfang des abrechnungsfähigen Aufwands noch bei der Höhe des Anteils, den die Anlieger zahlen müssen, größere Abweichungen gegenüber der in Nürnberg geltenden Satzung.

Aus diesen Gründen lehnte der Werkausschuss SÖR die Aufhebung der Straßenausbausatzung einstimmig ab. In der Vereinbarung zwischen SPD und CSU für die neue Ratsperiode wurde aber eine Überprüfung der bestehenden Regularien verankert. Damit sollen eventuelle Ungerechtigkeiten aufgedeckt werden. Beide Parteien haben sich aber dazu bekannt, dass die Einnahmen für die Stadt generell unverzichtbar sind.

Weitere Informationen: Lorenz Gradl, Tel. 231-2906; Fax. 231-3895; lorenz.gradl@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEN STADTTEILEN

GIBITZENHOF: Die SPD-Fraktion beantragte, die Chancen des Programms „Soziale Stadt“ zu nutzen und ein neues Stadterneuerungsgebiet Gibitzenhof einzurichten. Dabei sollen die vorbereitenden Untersuchungen aus dem Jahre 2003 aktualisiert und insbesondere die Bereiche Soziales, Kultur, Grün- und Freiraum, Wohnen und Wohnumfeld präzisiert werden.

NÜRNBERG: Die SPD-Fraktion beantragte nach dem Vorbild der Landeshauptstadt München ein Konzept zur verzahnten Ausbildung für schwerbehinderte Menschen zu entwickeln.

LAUFAMHOLZ/REHHOF: Auf Antrag der SPD-Fraktion wird überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, dass die Bewohner des Zaunwiesenwegs diesen weiterhin zum Be- und Entladen benutzen können.

LANGWASSER: Es soll ein Sanierungskonzept gemeinsam mit der Immobilienverwaltung der DB AG für den Deportationsort „Bahnhof Märzfeld“ entwickelt werden, um das Bauwerk als Unterführung nutzbar zu erhalten und eine bessere Erschließung und Einbettung in den Lernort Reichsparteitagsgelände überlegt werden.

GEBERSDORF: Die künftige Nutzung der ehemaligen Bibertbahntrasse in Gebersdorf als mögliche Rad- und Wegeverbindung wurde seitens der SPD-Fraktion angeregt.

ALMOSHOF/THON: Auf Anregung der SPD-Fraktion soll ergänzend zu anderen erforderlichen Nutzungen der jetzigen Endhaltestelle Thon, die Errichtung eines Stadtteilplatzes, der auch für einen regelmäßigen Bauernmarkt geeignet ist, geprüft werden.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Fachtagung Migration und Gesundheit +++ Freisprechungsfeier der Kfz-Innung Mittelfranken +++ 150-jähriges Jubiläum von Stempel-Müller GmbH & Co KG +++ Arbeitsgemeinschaft der Gartenbaulehrer/innen +++ 120 Jahre Bahnhofmission +++ Tag der offenen Tür im Knoblauchsland +++ Gründungsfest des 1. FCN +++ VdK Begegnungsnachmittag +++ Botschafter aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Slowenien und Serbien +++ Weltrotkreuztag +++ Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. +++ Schlüsselübergabe BRK-Kinderhaus +++ Kindertagesstätte St. Kunigund +++